

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 5/2012, 16. Mai 2012

**Liebe Freunde, liebe Genossen und Genossinnen,**

die Wahlen in Frankreich und Griechenland, Ausschreitungen in Rumänien, große Demonstrationen in Spanien, was sagt uns das? Allein sparen ist der falsche Ansatz und die Menschen in Europa wünschen sich eine andere Politik. Der Fiskalpakt muss erweitert werden um nachhaltiges Wachstum zu fördern und Perspektiven insbesondere für die jungen Leute zu eröffnen.

Natürlich müssen die Staatshaushalte saniert werden um gestärkt in die Zukunft zu gehen. Aber was bringt dies, wenn um zu sanieren, die Bildungssysteme noch weniger Mittel zur Verfügung haben, die Wirtschaft keine Wachstumsimpulse bekommt und ein Großteil der Gutsausgebildeten im Süden Europas seine Heimat verlässt um der Arbeitslosigkeit zu entkommen?

Das Ergebnis ist klar: Die Staaten werden immer schwächer und abhängiger von Unterstützung und es wird keinen Fortschritt, keine Erneuerung der Wirtschaft, keine Verbesserung der Verwaltung und keine Verbesserung der Perspektiven für die Menschen geben. Aus nichts kann eben auch nichts entstehen und deshalb ist es zwingend notwendig Wachstumsimpulse zu geben.

Die Bundesregierung muss die Signale der Europäer und Europäerinnen endlich aufgreifen statt das Credo des weiter so zu fahren und die Demokratie zu gefährden.

Herzliche Grüße

Ihre *Evelyne Gebhardt*

Evelyne Gebhardt und die offizielle Besuchergruppe aus Hohenlohe und dem Kreis Heilbronn in Straßburg

INHALT**Seite 1**

- Kolumne
- Biopatente

Seite 2

- Basiskonto
- Lebensmittelherkunft
- Fluggastdaten-Abkommen

Seite 3

- Binnenmarkt
- Ungarn
- Termine

Seite 4

- Neues aus Europa
- Impressum

Kein Patent auf Brokkoli, Tomate und Gurke**Monopolisierung des Züchterprivilegs muss verhindert werden**

Erzeugnisse aus konventioneller Pflanzen- und Tierzucht sollen von der Patentierbarkeit ausgeschlossen werden. Diese Position hat das Europäische Parlament in seiner Entschließung am Donnerstag den 10. Mai in Brüssel mehrheitlich angenommen.

Über das Votum zeigte sich Evelyne Gebhardt sehr erfreut: „Das ist ein deutliches Signal an die Europäische Kommission“, unterstrich die Abgeordnete aus dem Hohenlohekreis. „Das EU-Patentrecht muss konkretisiert und novelliert werden“, so die Sprecherin der Sozialde-



mokraten im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz weiter.

„Innovation soll geschützt werden, aber die Wege für andere kleinere Züchter dürfen durch Biopatente nicht versperrt werden“, betonte Evelyne Gebhardt. „Züchter sollen keine Lizenz kaufen müssen. Die Zuchtfreiheit muss erhalten bleiben und nicht einigen Wenigen vorbehalten sein.“ Darüber hinaus muss die Vielfalt an Produkten erhalten bleiben: „Wir wollen keinen Einheitsbrei. Nicht jede Tomate soll gleich schmecken“.

Die SPD-Politikerin Evelyne Gebhardt beschäftigt sich seit Langem mit dem europäischen Patentrecht. Als Verhandlungsführerin der Fraktion der Sozialde-

mokraten im Europaparlament war sie maßgeblich an der Entstehung der fraktionsübergreifenden Resolution beteiligt.

Hintergrund:

Die EU-Richtlinie 98/44/EG regelt die Patentierung von „im wesentlichen biologischen Verfahren“. In den letzten Jahren werden beim Europäischen Patentamt (EPA) immer häufiger Patentanmeldungen für herkömmlich gezüchtete Pflanzen eingereicht. Die Große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes hat 2010 entschieden, dass Methoden, die bei herkömmlich gezüchteten Pflanzen angewandt werden, nicht patentfähig sind. Dennoch wurde auch 2011 ein Patent für herkömmlich gezüchtete Melonen erteilt. ■

Zugang zu Bankkonto ist ein Universalrecht

30 Millionen Menschen in der Europäischen Union im Alter von über 18 Jahren haben derzeit keinen Zugang zu einem Bankkonto. „Studierende, Saisonarbeiter oder freie Dienstleister, denen bisher in einigen europäischen Mitgliedstaaten der Zugang zu einem Bankkonto verweigert wurde, sollen in Zukunft das Recht auf ein sogenanntes Basiskonto haben“, freute sich die SPD-Europaabgeordnete und sozialdemokratische Sprecherin im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments Evelyne Gebhardt über das Abstimmungsergebnis zum entsprechenden Bericht.

„Der Mobilität in Europa dürfen keine Fußfesseln angelegt werden. Mobilität heißt auch die Freiheit zu haben, in einem anderen Land zu leben oder zu arbeiten, ohne dabei einen bürokratischen Hürdenlauf zu absolvieren, um ein Bankkonto für die alltäglichen Geschäfte eröffnen zu können“, begründete Evelyne Gebhardt, die als Berichterstatterin federführend die Stellungnahme im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz erstellt hat, ihre Forderung nach einem Basiskonto.

Die Menschen in Europa können das alltägliche Leben ohne Bankkonto nicht mehr bewältigen. Die Überweisung von Löhnen und Gehältern, die Bezahlung einer Strom-, Gas- oder Wasser-Rechnung stehen auf der Tagesordnung. Mit einem Basiskonto sollen europäische Bürger und Bürgerinnen über eine Zahlungskarte verfügen, Überweisungen tätigen und emp-

fangen sowie Geld abheben können. „Der Graben zwischen Kontoinhabern und Menschen ohne Konto darf sich nicht weiter vertiefen. Wir fordern daher, dass ein Basiskonto entweder kostenlos oder zu angemessenen Kosten zur Verfügung gestellt werden soll und dass der Zugang zu einem Basiskonto nicht vom Kauf zusätzlicher Dienste abhängig gemacht werden darf“, unterstrich Evelyne Gebhardt.

Die zentralen Forderungen der Verbraucherpolitiker sollen auch in den Bericht des federführenden Wirtschaftsausschusses einfließen. Eine von einer breiten Mehrheit getragene Parlamentsposition ist bei der Schlussabstimmung im Plenum diesmal besonders wichtig. Denn erstmals erarbeitet das Europäische Parlament in dieser Legislaturperiode eine Initiative auf Grundlage des Artikels 225 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, wonach es die Kommission zur Ausarbeitung eines Rechtsakts zum Recht auf ein Basiskonto auffordern will. Dazu ist eine qualifizierte Mehrheit im Plenum notwendig. ■

Ein Schritt in die falsche Richtung

Evelyne Gebhardt zur Abstimmung über das neue Abkommen mit den USA zur Weitergabe von Fluggastdaten

„Datenschutz und Bürgerrechte mussten offensichtlich zurückstehen“, machte Evelyne Gebhardt, Gegnerin des neuen Abkommens zwischen der Europäischen Union und den USA zur Weitergabe von

Regionale Lebensmittel? – Wir brauchen mehr Klarheit

Evelyne Gebhardt stellt mündliche Anfrage an die Europäische Kommission

Die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union fragen zunehmend regional produzierte Lebensmittel nach und tragen damit dem wachsenden Bewusstsein für Umwelt- und Klimaschutz Rechnung.

Aber ist ein Fruchtjoghurt, der aus der nahe gelegenen Molkerei stammt ein regionales Produkt, wenn Zucker und Früchte aus 1.000 Kilometer Entfernung angeliefert werden? Sprich: Sollen alle oder nur die Hauptbestandteile aus regionaler Herkunft stammen?

„Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fordern Klarheit, was regional produzierte Lebensmittel sind. Als mündige Bürgerin will ich mich mündig entscheiden können. Dazu brauche ich aber eindeutige und verbindliche Kriterien. Die Europäische Kommission muss endlich tätig werden und Sicherheit für alle Verbraucher in Europa schaffen“, forderte die SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecherin für den Ausschuss für Binnenmarkt- und Verbraucherschutz Evelyne Gebhardt in einer mündlichen Anfrage an die Europäische Kommission im Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg.

„Dass wir Wert auf regionale Vielfalt in Europa legen, widerspricht in keiner Weise den Prinzipien unseres gemeinsamen europäischen Binnenmarktes. Im Gegenteil: Da Regionen nicht mehr an Grenzen enden, stärken europäische Kriterien den grenzüberschreitenden Handel und damit das Zusammenwachsen Europas“, ergänzte Gebhardt. ■

Fluggastdaten aus ihrer Enttäuschung über das Abstimmungsergebnis keinen Hehl, nachdem das Europäische Parlament mehrheitlich dem neuen Abkommen zugestimmt hatte.



„Der Kampf gegen internationalen Terrorismus und gegen schwere grenzüberschreitende Kriminalität in allen Ehren. Die Regelungen des Abkommens erachte ich aber für unverhältnismäßig“, sagte sie weiter.

Die Abgeordneten der SPD im Europäischen Parlament kritisieren vor allem, dass US-Behörden in Einzelfällen auch direkt auf die Buchungssysteme der Fluggesellschaften zugreifen können, dass zu lange Speicherfristen für zu viele Datensätze erlaubt sind und auch die Nutzung

der Daten für Straftaten nicht ausgeschlossen wurde, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ziel der Terrorismusbekämpfung und des internationalen Verbrechens stehen.

„Was wir stattdessen brauchen, sind einheitliche Abkommen mit Drittstaaten über die Weitergabe von Fluggastdaten auf der Grundlage strenger, europäischer Datenschutzstandards“, fordert Gebhardt. „Das Abstimmungsergebnis war deshalb leider ein Schritt in die falsche Richtung.“ ■

Der Mehrwert des Binnenmarktes muss für Europas Bürger und Bürgerinnen erkennbar sein

Auch zwanzig Jahre nach Einrichtung des EU-Binnenmarktes sind dessen Vorteile noch nicht bei allen Bürgerinnen und Bürgern angekommen.

Bei einer Sitzung der COSAC, der halbjährlich stattfindenden ständigen Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, in Kopenhagen sagte Evelyne Gebhardt: „Obwohl wir bereits zwanzig Jahre mit dem Binnenmarkt und seinen vier Grundfreiheiten, dem ungehinderten grenzüberschreitenden Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital, leben, werden viele seiner Vorteile von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union nicht genutzt.“ So kauften beispielweise nur sieben Prozent aller Verbraucherinnen und Verbraucher regelmäßig jenseits der Grenzen ihres Heimatlandes ein.

Zudem seien die Vorteile des Binnenmarktes auch bei vielen kleinen und mittleren Unternehmen noch zu wenig bekannt. Zwar gebe es in allen Mitgliedstaaten Informationsstellen, die sogenannten Euroschalter, ihre Existenz werde aber nicht richtig wahrgenommen. „Einheitliche Ansprechpartner sind für KMU be-

sonders wichtig, wenn sie im Binnenmarkt Geschäfte machen wollen“, so Evelyne Gebhardt. „Es liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, diese bekannt zu machen.“

Vor den Mitgliedern der COSAC plädierte Evelyne Gebhardt gleichzeitig für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen nationalen Parlamenten und Europäischem Parlament: „Bei der Binnenmarktgesetzgebung muss die Kooperation bereits im Vorfeld auf parlamentarischer Ausschussebene beginnen. Da können wir noch vieles besser machen.“

Auch die Folgeabschätzung der EU-Kommission müsse globaler angesetzt werden, forderte Gebhardt. „Die Folgeabschätzung darf nicht nur wirtschaftlicher Natur sein, wichtig ist auch die Untersuchung der Auswirkungen auf sozialer Ebene, im Arbeits- und Verbraucherschutzrecht. Europas Bürgerinnen und Bürger müssen den Mehrwert des Binnenmarktes erkennen können“, so Evelyne Gebhardt abschließend. ■

EU-Klagen gegen Ungarn

Verstöße gegen die europäischen Grundwerte werden nicht geduldet

Birgit Sippel, innenpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten, begrüßt die Entscheidung der EU-Kommission, Ungarn vor dem Europäischen Gerichtshof

zu verklagen. Grund hierfür sind die unzureichenden Zugeständnisse der ungarischen Regierung bei der Reform der Datenschutzbehörde und der Justiz.

TERMINE

■ 19. Mai 2012, 14.00 Uhr

Was? Podiumsdiskussion zu Biopatenten beim Katholikentag

Wo? Mannheim

■ 22. Mai 2012, 14.00 Uhr

Was? Besuchergruppe der Jusos Pfinztal

Wo? Straßburg

■ 23. Mai 2012, 12.00 Uhr

Was? Besuchergruppe des Gymnasium St. Michael aus Schwäbisch Hall

Wo? Straßburg

■ 24. Mai 2012, 19.00 Uhr

Was? Veranstaltung SPD-OV-Pfinztal, Thema: „Was wird aus Europa?“

Wo? Naturfreundehaus, Pfinztal-Berghausen, Touristenweg 11, 76327 Pfinztal

■ 25. Mai 2012, 10.00 Uhr

Was? Bürgersprechstunde

Wo? Landratsamt Schwäbisch Hall

■ 26. Mai 2012, 10.00 Uhr

Was? Treffpunkt Europa der Europa-Union Heilbronn

Wo? Heilbronn, Kiliansplatz

■ 1. Juni 2012, 9.00 Uhr

Was? Düsseldorfer Vergaberechtstag

Wo? Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen



„Die Entscheidung der Europäischen Kommission, Vertragsverletzungsverfahren gegen die ungarische Regierung einzuleiten, ist ein wichtiger Schritt und eine klare Botschaft an Ungarn, endlich auf den Boden der europäischen Verträge und Werte zurückzukehren. Damit sendet die EU ein deutliches Signal an alle Mitgliedstaaten, die europäische Werte verletzen. Die Kommission macht deutlich, dass sie bereit und willens ist, ihre Rolle als Hüterin der Verträge effektiv einzunehmen“, so Birgit Sippel.

Es handelt sich um zwei Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission: Zum einen plant die Kommission eine Klage vor dem EuGH wegen der Verletzung der Unabhängigkeit der Datenschutzbehörde und der Entlassung ihres Präsidenten, zum anderen sieht die Kommission in der Herabsetzung des Renteneintrittsalters von Richtern auf 62 Jahre eine Altersdiskriminierung und Gefährdung der Unabhängigkeit der Justiz.

„Die ungarische Regierung muss nicht

nur europäische Gesetze umsetzen, sie muss dabei auch stets die europäischen Grundwerte achten. Grundrechte, wie die Unabhängigkeit der Justiz, der Schutz der Privatsphäre und die Meinungsfreiheit, auf die sich alle Mitgliedstaaten verständigt haben, müssen sich gerade in schwierigen Zeiten bewähren. Nur so können wir gemeinsam Krisen bewältigen und das gemeinsame Europa zum Nutzen aller stärken“, so Birgit Sippel abschließend. ■

NEUES AUS EUROPA

FREIWILLIGE FEUERWEHREN:

Keine Pläne für eine Obergrenze der Arbeitszeit

Es gibt derzeit keine Pläne, die EU-Höchstgrenze von 48 Arbeitsstunden pro Woche auch auf die Freiwillige Feuerwehr auszudehnen oder diese überhaupt den Regeln der EU-Arbeitszeitrichtlinie zu unterwerfen. Das stellte die EU-Kommission klar und widersprach damit entsprechenden Medienberichten. Die Kommission habe noch gar keinen Vor-

schlag zur Reform der Arbeitszeitrichtlinie gemacht.

Bis voraussichtlich September beraten zunächst die Sozialpartner über Reformbedarf bei der Arbeitszeitrichtlinie.

Erst nachdem die Sozialpartner eine Überprüfung der Richtlinie beschlossen haben, können sie die Kommission auf-

fordern, eine Überarbeitung vorzulegen. Weitere Informationen der Kommission dazu auch unter:

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10608_de.htm

Oder auf der Seite von Jutta Steinruck MdEP: www.jutta-steinruck.de ■

IHR EUROPA:

Beratungsportal erhält die 100.000 Anfrage

Das IHR EUROPA-Beratungsportal ist ein Service der EU-Kommission für Bürger, Bürgerinnen, aber auch Geschäftsleute um Fragen über ihre EU-Rechte zu stellen. Anfragen können online oder per Telefon in einer der 23 Amtssprachen der EU gestellt werden. Das Portal garantiert eine Antwort in der gewünschten Sprache per Telefon oder Internet innerhalb einer Woche. Der gesamte Service ist kostenlos.

Sie haben Fragen zu Ihren Rechten, etwa: Wenn ich in ein anderes EU-Land übersiedle, benötige ich dann dort für mein Auto eine Zulassung? Kann ich mit

meinem Ehemann, der aus einem Nicht-EU-Land stammt, in einen anderen EU-Mitgliedstaat reisen? Kann ich dort meine Rente beziehen?

Das Portal bietet umfassende Informationen zu diesen und weiteren Themen – es könnte also durchaus sein, dass Sie hier fündig werden. Das Team unabhängiger Rechtssachverständiger kann Erläuterungen zu den für Sie geltenden EU-Rechtsvorschriften geben, Sie darüber aufklären, wie Sie Ihre EU-Rechte wahrnehmen können und berät sie außerdem auch in Verbraucherschutzfragen.

LINKS:

Um eine Anfrage zu starten: http://europa.eu/youreurope/citizens/help/index_de.htm

Für mehr Informationen über die IHR EUROPA-Beratung:
http://ec.europa.eu/citizensrights/front_end/index_de.htm

IHR EUROPA-Internetseite: http://europa.eu/youreurope/citizens/index_de.htm ■

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt
und Moritz Kempfel

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 07940 59122
Fax: 07940 59144

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:
Copyright PHOTO © European Union